DIE LINKE. im Rat

Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal — Nr. 43 · Mai 2019

INHALT

Seite 2

- Kindertagespflege: „Wir arbeiten für weniger als Mindestlohn!“
- KiTa-Plätze stehen leer – Erzieher*innen müssen her!
- Geht der OB schon 2020 in Rente?

Seite 3

- Integrationspauschale passgenau einsetzen – keine Haushaltslöcher stopfen!
- Das neue 5. Dezernat Gewinnen Grüne den Machtpoker mithilfe von Neonazis?
- Jobcenter Wuppertal trägt Verantwortung für die Rechtsbrüche der bit gGmbH
- Schwer-in-Ordnung-Ausweis
- Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderung
- Seniorentreff Carnaper Platz

DIE LINKE. im Rat der Stadt Wuppertal

Impressum:
Herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal,
Rathaus, Zimmer 312, Johannes-Rau-Platz 1,
42275 Wuppertal, Telefon und Fax: 0202 563-6677

www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de
E-Mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:
Ursula Albel, Gunhild Böth, Claudia Radtke, Bernhard Sander, Gerd-Peter Zielezinski

Redaktionsschluss: 08.04.2019
Druck: Rheinisch-Bergische Verlagsgesellschaft mbH
Auflage: 170.000 – Die Abgabe erfolgt kostenlos.

SEILBAHN für Wuppertal – Alles schön oder was?

Bildnachweis: Ulises Casarez / Pixabay.com

*Viele Wuppertaler*innen finden eine Seilbahn attraktiv: „Mal in Wuppertal ganz anders schweben; das hätte doch was.“ Sicherlich, aber: Wer finanziert den laufenden Betrieb der Seilbahn?* Nicht die Studierenden, die sie vorrangig nutzen werden, denn die behalten ihr (landesweit gültiges) Semesterticket zum gleichen Preis – ob mit oder ohne Seilbahn. Nicht das Land oder der Bund, die den Bau mit 80% der Baukosten unterstützen, sondern die WSW. Na gut, werden viele sagen; dann ist das so.

Wie finanziert sich denn der Nahverkehr?

Eigentlich muss die Stadt gesetzlich für den Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) sorgen. Diese Leistung kann sie aber auch an ein Unternehmen vergeben – und dafür bezahlen. In Wuppertal kostet das jährlich derzeit ca. 50 Mio. EUR, denn den ÖPNV gibt es nicht ohne Zuschüsse. Dieses Geld hat die Stadt nicht, sondern lässt sie von der WSW-Energie und der AWG erwirtschaften.

Also: Die Gewinne der WSW-Energie und der AWG gehen nicht als Einnahme an die Stadt, sondern werden als Ausgleich mit den Verlusten der WSW-mobil verrechnet.

Einnahmen durch die Seilbahn?

Die Seilbahn wird keine neuen Einnahmen bringen, denn niemand muss dafür ein Ticket kaufen, die Seilbahn wäre im Ticket schon enthalten. Einige Neugierige und Tourist*innen werden die Seilbahn erkunden wollen und deshalb ein Ticket kaufen, aber die Masse – die Studierenden – hat schon ein Ticket, das Semesterticket. Und die Menge der übrigen ÖPNV-Nutzer*innen kauft ein (Abo)Ticket – unabhängig von der Seilbahn.

Mehr Kosten = Kürzungen an anderer Stelle

Die Finanzierung der laufenden Seilbahnkosten geht nur, wenn man die ÖPNV-Kosten an anderer Stelle senkt, d. h., Buslinien ausdünnt oder ganz streicht.

Das ist jetzt schon oft für die WSW-mobil das Mittel der Wahl, denn wer kennt sie nicht: die Strecken, die abends nicht mehr befahren werden; Busse im 30-Min-Takt… und das werden bei steigenden Kosten jährlich bei Fahrplanumstellung immer mehr. Oder man macht die Tickets immer teurer. Und genau das wird sich durch die laufenden Kosten für den Unterhalt der Seilbahn noch verschlimmern.

Ist eine Seilbahn denn nicht gut für die Umwelt?

Ja, falls sie von vielen Menschen genutzt würde, die bisher mit dem Auto gefahren sind. Aber wenn ich von Cronenberg kommend in Hahnerberg zum Umsteigen gezwungen werde, nehme ich lieber mein Auto. Und wenn der ÖPNV weniger oft fährt, steige ich auch nicht um – das sagen alle verkehrswissenschaftlichen Untersuchungen dazu.
Ja, falls nur Dieselbusse die Alternative wären; aber die werden nun nach und nach sowieso durch Wasserstoff- oder Elektrobusse ersetzt.
Auch DIE LINKE will mehr Menschen zum ÖPNV bringen, aber dazu bedarf es eines guten Bustakts und niedriger Ticketpreise. Dann klappt es auch, dass mehr Menschen einmal ihr Auto stehenlassen, und wir alle bessere Luft in der Stadt haben.

DIE LINKE rät deshalb: Stimmen Sie mit NEIN!

Derzeit läuft die Bürgerbefragung. Eine solche Bürgerbeteiligung hatte DIE LINKE immer im Rat gefordert, war dafür zuerst ausgelacht, dann kritisiert worden. Jetzt ist sie da.

DIE LINKE will alle Wuppertaler*innen beteiligen, weil es eben Auswirkungen für alle in dieser Stadt haben wird:

- für die Cronenberger*innen direkt durch das dann neue Umsteigen in die Seilbahn statt in die Expresslinien,
- für die Nutzer*innen der Linien in der Nähe der Seilbahn durch direkte Ausdünnung,
- für alle Wuppertaler*innen, denn es drohen über kurz oder lang weitere Kürzungen im ÖPNV, um die Kosten der Seilbahn zu finanzieren. ●

Primark – eine Schande für die Stadt von Adolph Kolping und Friedrich Engels

Nur DIE LINKE hat im Rat gegen die Ansiedlung gestimmt

Am 16. April wurde Primark eröffnet. Mit 200 Arbeitsplätzen. Der Chef der Wirtschaftsförderung hatte aber insgesamt 1000 am Döppersberg versprochen.

Viele Menschen in Wuppertal und Umgebung freuen sich, dass es preiswerte Mode gibt. Wer wenig Geld hat, will nicht auch noch so aussehen. Aber erstens werden die mit Geld sich schon durch teurere Labels unterscheiden können. Und zweitens wer immer Neues kauft, weil es so billig ist, gibt am Ende auch viel Geld aus.

Bildnachweis: jovofoto

Warum ist das Zeug so günstig? Weil dort, wo es hergestellt wird, die Löhne sehr niedrig und die Bestimmungen zum Schutz der Arbeitskräfte und der Umwelt nicht nur lax, sondern oft gar nicht vorhanden sind. Wenn Bekleidung aber in Deutschland verbilligt werden kann, kann auch der Lohnanstieg in Deutschland begrenzt werden. Denn Löhne sind der Preis für die Lebenshaltung und weniger für Leistung.

Der Protest gegen Primark ist also gerechtfertigt und wird von der LINKEN unterstützt.

Die Stadt hat über 153 Millionen Euro ausgegeben, damit Primark auf den Platz und fünf Backfilialen in die Bahnhofshalle ziehen; die Brückenläden stehen großenteils leer. McDonalds verschmäht den Platz. Der großzügige Stadtplatz bleibt eine Steinwüste, die bereits begonnen hat, schmuddelig zu werden. Was funktioniert, ist der Bus-Bahnhof, aber den hätte man preisgünstiger haben können. Optisch bleibt der ganze Döppersberg samt Primark ein Sammelsurium von Stilzitaten, das die historische Bausubstanz entwertet.

Was nicht funktioniert: Der Platz hinter dem Blechwürfel bleibt eine Einöde, wird aber von Primark nicht „gestaltet“, da die schon kein Geld mehr haben, alle Etagen des Gebäudes zu mieten. Die Bahnhofsvorhalle für 26 Millionen hat ein undichtes Dach, weil Mikadostäbchen eben nicht viel Last aushalten. Die Rampe zu den Gleisen ist vor allem abwärts für Rollatoren und Rollstühle abenteuerlich und aufwärts ein Kraftsport. Das Bahnhofsgebäude verfällt weiter; einen Investor dafür gibt es bisher nicht. In der ehemaligen Bundesbahndirektion, die von Herrn Clees schon vor Jahren gekauft wurde, tut sich weiterhin nichts.

War es das alles wert? ●

Bildnachweis: jovofoto

Zur Eröffnung des Primark im Investorenkubus informierte das Bündnis „Kein Primark am Döppersberg“ über die unmenschlichen und ungesunden Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie vieler Billiglohnländer.
In vielen unserer Kleiderschränke liegen ca. 40% der Kleidungsstücke ungetragen herum. Beim Besuch des „Umsonst-Ladens“ konnten sich die Besucher*innen aus einem gut bestückten Secondhand-Angebot bedienen.

Bildnachweis: Carole LR / Pixabay.com

Kindertagespflege:

„Wir arbeiten für weniger als Mindestlohn!“

Im letzten Jahr diskutierte der Jugendhilfeausschuss und der Rat mehrfach über die Vergütung der Kindertagespflegepersonen. DIE LINKE im Rat (LiR) führte ein Gespräch mit der Sprecherin der Initiative der Wuppertaler Kindertagespflegepersonen Beate Millpetz (B.M.):

LiR: ***Frau Milpetz, Sie betreuen bei sich zu Hause bis zu fünf Kinder. Ist das wie eine kleine KiTa?***

B.M.: *Wir sind in der Tagespflege, anders als in der KiTa, familienähnlich und familiennah.*

LiR: ***Was bedeutet das?***

B.M.: *In meinem privaten Haushalt, in dem ich auch mit meiner Familie lebe, betreue und fördere ich die mir anvertrauten Kinder in einem familiären Umfeld und bekoche sie z. B. auch. Durch die kleine Gruppe von max. fünf Kindern haben diese ein geschwisterähnliches Verhältnis zueinander. Wir haben als Tageseltern einen viel engeren Kontakt zu den Familien, gehen also auch auf besondere Wünsche oder Vorlieben der Familien ein.*

LiR: ***In wessen Auftrag versorgen Sie denn nun die Kinder, der Stadt oder der Familien?***

B.M.: *Die Stadt erteilt die Pflegeerlaubnis und zahlt die Geldleistung sowie die Hälfte der Sozialabgaben an uns. Sie muss den gesetzlichen Anspruch der Eltern auf Kinderbetreuung umsetzen. Und das schafft sie nicht ohne uns Tagespflegepersonen. Und auch trotz der etwa 620 Plätze in der Kindertagespflege werden im kommenden Kindergartenjahr wieder viele Familien leer ausgehen.*

LiR: ***Sie sind also bei der Stadt angestellt?***

B.M.: *Nein, leider nicht. Ich erhalte ab Sommer 2019 genau 3,45 EUR pro Stunde und Kind. Das hört sich erst einmal genügend an, aber ich arbeite 40 Std./Woche mit Kindern, erhalte aber nur für die anwesenden Kinder Geld. Machen wir es konkret: Ein Kind kommt in meiner Gruppe schon um 7:00 Uhr, die anderen erst um 8:00 Uhr. In der Zeit von 7:00–8:00 Uhr erhalte ich von der Stadt für meine Arbeit nur 3,45 EUR, also weit unter Mindestlohn.*

LiR: ***Ist das oft so?***

B.M.: *Ich habe das im vergangenen Jahr ausgerechnet. Das erschreckende Ergebnis – und das geht den anderen auch so: Den ganzen Tag über arbeite ich im Schnitt gerade so für den Mindestlohn. Besonders schlimm ist es in den Monaten August bis Oktober, weil anders als in der Kita die Kinder nicht unbedingt zum 1.8. des Jahres in die Tagespflege kommen, sondern erst ab dem Monat, in dem sie 1 Jahr alt werden, da haben wir dann nicht besetzte Plätze, für die es dann auch keine Geldleistung gibt.*

LiR: ***Das ist dann aber Ihr Nettolohn?***

B.M.: *Nein, das ist Brutto, denn ich zahle davon meine Hälfte der Sozialversicherungskosten und auch noch die Steuern. Da geht noch eine Menge von runter.*

LiR: ***Das betrifft Ihren „Lohn“. Sie betreuen die Kinder bei sich zu Hause. Was bekommen Sie für den Aufwand?***

B.M.: *1,80 EUR/Std./Kind und dieser Betrag wurde seit 11 Jahren nicht erhöht.*

LiR: ***Und worin bestehen Ihre Kosten?***

B.M.: *Nicht nur in Verbrauchsmaterial zum Basteln und Zeichnen z.B., auch Spielzeug oder Bilderbücher nutzen sich ab, gehen kaputt und müssen ersetzt werden. Die Spülmaschine und Waschmaschine laufen öfter, mittags wird zusätzlich gekocht. Die Kinder gehen stolz und oft zur Toilette, wenn sie die Windelzeit hinter sich haben. Alle waschen fleißig die Hände, die Heizung läuft immer. Wenn ich außer Haus wäre, liefe die nicht.*

LiR: ***Welche Forderungen stellen Sie nun in Ihrem neuen Bürgerantrag?***

B.M.: *Unsere Forderungen umfassen nur, was wir vor 2014 hatten. 2014 wurde das Zuzahlungsverbot für Eltern beschlossen. Das war auch richtig so, aber für uns fielen damit die Zuzahlungen der Eltern weg, und die Stadt hat die nicht ausgeglichen. Deshalb brauchen wir 4,20 EUR Entgelt 1,80 EUR Sachkosten = 6,00 EUR/Std./Kind. Wir wollen einfach mehr als den Mindestlohn verdienen. Wir haben eine hoch verantwortliche Arbeit; wir haben das einfach verdient!*

LiR: ***DIE LINKE im Rat wird Sie dabei unterstützen. Wir danken Ihnen für das Gespräch.***

Bildnachweis: Mavie, 8 Jahre

KiTa-Plätze stehen leer – Erzieher*innen müssen her!

Wuppertal hat viel zu wenig KiTa-Plätze – und noch weniger Erzieher*innen!

Seit vielen Jahren haben Eltern Anspruch auf einen Betreuungsplatz für ihre Kinder ab 1 Jahr. Aber in Wuppertal kann dieser Anspruch nicht eingelöst werden: Jedes Jahr gehen über 1000 Eltern leer aus bei der Suche nach einer wohnortnahen KiTa. Wer sein Kind durch die halbe Stadt fahren kann, hat noch eine Chance auf Betreuung, aber nicht alle können oder wollen das. Dann bleiben (oftmals) die Mütter doch vom Arbeitsplatz weiterhin ohne Geld beurlaubt oder müssen Verwandte mobilisieren, und ihre Kinder verpassen eine anregende, pädagogisch strukturierte Bildungseinrichtung.

Trotz KiTa-Mangel Leerstand in KiTas

Andererseits baut Wuppertal viele KiTa-Plätze, aber die können nicht in Betrieb genommen werden, weil Fachkräfte fehlen. Das ist nicht nur in Wuppertal so, sondern landes- bzw. bundesweit. Zu wenig haben hier Landesregierungen Vorsorge durch Ausbildungsplanung getroffen – und auch die Bezahlung der Fachkräfte entspricht nicht der anspruchsvollen pädagogischen Aufgabe. So stehen in 6-gruppigen KiTa-Gebäuden wie z. B. an der Rudolfstraße vier Gruppenräume leer, weil es kein Personal gibt.

DIE LINKE fordert Stellenanreize

In einem Antrag an den Jugendhilfeausschuss fordert DIE LINKE, dass die Verwaltung mehr tun muss, um Fachkräfte für Wuppertal zu gewinnen. Dazu gehört z. B. ein Jobticket, Hilfe bei der Wohnungssuche, aber vor allem die Garantie auf einen KiTa-Platz für das eigene Kind, falls gewünscht. Denn dass die Erzieherin ihr eigenes Kind erst durch die halbe Stadt fahren muss, um danach ihren Dienst anzutreten, kann ja wohl nicht sein. ●

Bildnachweis: Erich Westendarp / Pixabay.com

Geht der OB schon 2020 in Rente?

Bildnachweis: Wilfried Pohnke / Pixabay.com

Im nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung am 25.2.19 wurde der Tagesordnungspunkt **Anerkennung von förderlichen Zeiten auf die ruhegehaltsfähige Dienstzeit von Herrn Oberbürgermeister Andreas Mucke** verhandelt. Wie dem Titel der Vorlage zu entnehmen ist, geht es darum, dass der Oberbürgermeister nach Ende seiner Dienstzeit eine sofortige lebenslange Rente erhalten soll.

Nach gültiger Rechtslage können Oberbürgermeister und andere Amtsträger*innen bereits nach Ablauf von 8 Jahren – unabhängig vom Alter – in den Ruhestand gehen. Dieses Verfahren ist angesichts der Tatsache, dass Arbeitnehmer*innen immer längere Lebensarbeitszeiten aufgebürdet werden, nicht zu rechtfertigen.

Durch die **Anerkennung von förderlichen Zeiten auf die ruhegehaltsfähige Dienstzeit**, im konkreten Fall die Tätigkeit bei der Wohnquartiersgesellschaft WQG, kommt der OB schon nach 5 Jahren in den Genuss einer lebenslangen Pension.

Ein solches Verfahren ist leider nicht ungewöhnlich, aber trotzdem äußerst kritikwürdig. Schließlich bekommen normale Arbeitnehmer*innen nicht alle Ausbildungszeiten anerkannt und müssen um alle rentenrelevanten Zeiten hart kämpfen.

Auch ehemalige Oberbürgermeister*innen und andere Amtsträger*innen sollten erst mit Eintritt ins Rentenalter ihre Anwartschaften aus ihren Tätigkeiten in Pensionsleistungen erhalten – aber doch nicht unabhängig vom Alter. Das ist keinem Menschen, der nach langen Arbeitsjahren wenig Rente erhält, zu vermitteln und muss dringend auf Landes- und Bundesebene geändert werden.

Wer will hier was verbergen?

Wenn der OB und die Fraktionen seine Einkünfte, die öffentlich sind, für rechtmäßig und angemessen halten, dann kann man doch auch über Ruhegehalt und Ruhegehaltszeiten öffentlich Auskunft geben. **Warum nicht?** Entsteht hier nicht der Eindruck, der Rat und die Ratsfraktionen wollten gar nicht, dass Bürger*innen erfahren, was der OB nach einem möglichen Amtsende erhält? ●

Integrationspauschale passgenau einsetzen – keine Haushaltslöcher stopfen!

Wuppertal wird in den nächsten drei Jahren ca. 11 Mio. EUR aus der Integrationspauschale erhalten. Damit soll aber vorrangig der Schulbau, der unterfinanziert ist, bezahlt werden. DIE LINKE fordert passgenaue Integrationsmaßnahmen, die allen nützen.

Wuppertal hat in den letzten Jahren über 10.000 neu Zugewanderte aufgenommen, die zum allergrößten Teil in eigenen Wohnungen leben und die auf der Suche nach Arbeit, nach Deutschkursen, nach Schulplätzen für ihre Kinder sind. Wuppertal kann stolz sein auf seine Integrationsleistung bisher. Das gilt nicht nur für Geflüchtete, sondern auch für die neu Zugewanderten aus der EU, die aus Perspektivlosigkeit, Mangel an Arbeit in ihren Heimatländern und wegen einer besseren Zukunft für ihre Kinder hierher kamen. Die EU-Zugewanderten sind übrigens die Mehrheit der Neu-Bürger*innen. Es bleibt noch viel zu tun.

Was fehlt?

Zuallererst ist es wunderbar, dass viele Neuzuwandernde in eigenen Wohnungen leben. Aber sie brauchen den Zugang zur deutschen Sprache – und den bekommen nicht alle, vor allem die EU-Zugewanderten nicht.

Die Schulen sind überfordert mit der Menge der Kinder, die Deutsch lernen müssen, denn sie haben dafür vom Land nicht genügend Lehrkräfte erhalten. Integration erfordert aber nicht nur Aufgaben bei den Kindern, sondern auch bei den Eltern. Sie müssen über ihre Kinder z. B. mit dem NRW-Schul- und Erziehungssystem vertraut gemacht werden, damit es für die Kinder nicht zu Konflikten kommt.

Aber auch die Ausbeutung durch Unwissenheit nimmt zu: Durch Beratung bei Arbeitsverträgen, bei Kaufverträgen und Versicherungen müssen Zugewanderte geschützt werden.

Integration bedeutet aber auch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, z. B. in der KiTa-Vertretung oder im kulturellen Sektor. All das kostet Geld: Integrationsmaßnahmen, besonders Deutschkurse sind nachhaltig, denn die Sprache ist die Voraussetzung für das Leben hier. Und wenn unbekannte Regeln vermittelt werden, macht es das Leben für alle, die hier miteinander leben, viel konfliktfreier, weil es zu weniger Missverständnissen führt.

Viele neue Kinder brauchen mehr Schulen

Wuppertal braucht neuen Schulraum, weil viele Kinder hinzugekommen sind. Das war nicht nur eine Folge von Zuwanderung, sondern auch alt eingesessene Familien haben mehr Kinder – deshalb wurde die Garantie auf einen KiTa-Platz eingeführt wie in Frankreich oder den Niederlanden. Dort sind deshalb auch die Geburtenzahlen gestiegen – und das war so gewollt wegen der drohenden Überalterung der Bevölkerung. Nun werden auch in Wuppertal glücklicherweise mehr Kinder geboren, aber sie kommen auch bald in Schulen.

Wuppertal als „arme Stadt“

Wuppertal ist eine „arme Stadt“. DIE LINKE forderte schon im Landtag 2010 einen Altschuldenfonds und wurde dafür scharf kritisiert. In der Zwischenzeit fordert aber auch der Kämmerer Dr. Slawig seit einigen Jahren in der Initiative „Für die Würde unserer Städte“ einen Altschuldenfonds, denn die Städte haben keine Chance, die Schuldenlast durch eigene Kraft abzubauen. Der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ des Landes war ein solch vergiftetes Geschenk, denn er ist damit verbunden, dass die Stadt demnächst ohne Landeshilfe einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen muss, wobei die Stadt selbst wenig Einfluss auf ihre Einnahmen hat.

Eine „arme Stadt“ hat bekanntlich viele Soziallasten zu tragen, die ihr von Land und Bund aufgebürdet worden sind – ohne die entsprechenden Finanzmittel. D. h., sie hat auch viele Menschen ohne Erwerbsarbeit – wie Wuppertal eben. So muss Wuppertal ab 2020 alles aus dem Haushalt finanzieren – ohne neue Schulden. Daher kam die Verwaltung auf die Idee, 10 Mio. EUR aus der Integrationspauschale demnächst für Schulbau zu verwenden. Dem widerspricht DIE LINKE entschieden, denn das Geld für Integration ist dringend nötig, wenn wir alle in dieser Stadt vorwärtsbringen wollen.

Schulbau anders finanzieren

Schulbau – und insbesondere Schulneubau – ist eine Riesenaufgabe, vor allem finanziell. Alle Hausbauer*innen wissen, dass sie dafür Kredite aufnehmen und sie dann über Jahre abbezahlen.

Genauso fordert DIE LINKE es in ihrem Antrag: Schul(neu)Bau muss langfristig finanziert und von der Stadt abbezahlt werden können. Und daher wollen wir das Modell des rot-rot-grünen Berliner Senats übernehmen, den Schul(neu)bau zwar auszulagern, ihn aber auf keinen Fall privatisieren, um schnell für alle gute Schulen zu bauen, die der Stadt gehören. Deshalb müssen die beiden Anträge zusammengesehen werden. ●

Jobcenter Wuppertal trägt Verantwortung für die Rechtsbrüche der bit gGmbH

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir über unsere umfangreiche Anfrage zur Zusammenarbeit des Jobcenters mit der bit gGmbH. Für das Jobcenter Wuppertal nimmt die bit gGmbH sozialmedizinische Untersuchungen vor.

Die Anschreiben der bit gGmbH an die Leistungsberechtigten enthielten **unrechtmäßige**, weil **amtsanmaßende** Meldeaufforderungen mit Sanktionsandrohungen.

Dies war illegal! Denn Laut Sozialgesetzbuch II ist die Übertragung hoheitlicher Befugnisse des Jobcenters an andere nicht möglich, besonders nicht der Erlass von Verwaltungsakten, zu denen Meldeaufforderungen gehören.

Links wirkt: Das Jobcenter überarbeitete die Einladungsschreiben.

Ministerium rügt schweren Datenschutzverstoß

Jetzt wurde ein erneuter Rechtsbruch bekannt:
Der Erwerbslosenverein Tacheles veröffentlichte, dass medizinische Diagnosen und Krankheitsbilder der zu untersuchenden Wuppertaler Hartz IV-Bezieher*innen an die Arbeitsvermittler*innen des Jobcenters weitergegeben wurden. Dies ging weit über die Informationen hinaus, die Arbeitsvermittler*innen für ihre Arbeit benötigen.
Das stellt einen schweren Datenschutzverstoß dar! DIE LINKE wird dem nachgehen. ●

Schwer-in-Ordnung-Ausweis

Die Idee für eine Ausweishülle hatte die Pinneberger Schülerin Hannah, die mit dem Down-Syndrom lebt und sich durch die Bezeichnung ihres Schwerbehindertenausweises herabgesetzt fühlte. Sie entwarf eine Ausweishülle mit dem Schriftzug „Schwer-in-Ordnungausweis“, der den Aufdruck Schwerbehindertenausweis überdeckt. Diese Idee kam gut an und erhielt bundesweit große Aufmerksamkeit in den Medien. In verschiedenen Bundesländern und Städten kann eine solche Ausweishülle nun kostenfrei beantragt werden.

Diese Idee hat auch die Ratsfraktion DIE LINKE aufgegriffen und wünscht die Ausgabe einer solchen Hülle auch in Wuppertal. Im Beirat der Menschen mit Behinderung und im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit fand der Antrag Unterstützung. Die Verwaltung prüft nun, wie und ob die Schwer-in-Ordnung-Ausweis-Hüllen ausgegeben werden können.

Man könnte natürlich sagen, dass ein solches „Schwer-in-Ordnung“ für alle Menschen gelte und dies Menschen mit Behinderung wieder besonders hervorhebt. Das Dokument könnte auch „Teilhabe-„oder „Inklusionsausweis“ heißen. Ein entsprechender Antrag wurde aber im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales abgelehnt.

Noch sind Teilhabe und Inklusion nicht überall selbstverständlich. Da es leider noch immer Menschen gibt, die das Wort „Behindert“ als Schimpfwort benutzen, finden wir den „Schwer-in-Ordnung-Ausweis“ gut, denn er regt zum Nachdenken darüber an, wie wir Sprache benutzen. ●

Das neue 5. Dezernat

Gewinnen Grüne den Machtpoker mithilfe von Neonazis?

Das Kernbündnis aus CDU und Grünen bläht die Backen auf: Den Dezernenten für Bürgerbeteiligung hat man in die Wüste geschickt. Mit der Wahl von Paschalis hatte die SPD durchgesetzt, den Machtbereich des Kämmerers zu begrenzen. Die Grünen waren die ersten, die nach der Entlassung von Paschalis riefen.

Zukünftig soll – so die Ratsvorlage von Grünen/CDU, das neue „Kernbündnis“ – die Aufsicht über die städtischen Tochter-Unternehmen wieder bei einem Dezernat von ihren Gnaden liegen.

Dafür war scheinbar jedes Mittel recht und jede Stimme nötig. Vor allem die Grünen und ihr Fraktionsvorsitzender Marc Schulz machten wieder die Drecksarbeit für die CDU. Ein Geschäftsordnungsantrag jagte den nächsten. Geheim sollte abgestimmt werden. Warum?

Der Antrag des Kernbündnisses benötigte 34 Stimmen im Rat. Aber CDU und Grüne verfügten nur über dreißig Stimmen. Zusammen mit der Ratsgruppe der sogenannten Freien Wähler (hervorgegangen aus der Lucke-AfD), die sich für den Antrag ausgesprochen hatten, wäre man auch nur bei 32 geblieben.

Kühl kalkulierend stellten die Grünen nun einen weiteren Antrag auf geheime Abstimmung. Resultat: FDP, Linke und SPD blieben bei ihrem Antrag zu den Zuständigkeitsbereichen und in der Minderheit.

CDU und Grüne konnten letztlich nur mit den Stimmen der Rechtsextremisten ihren Antrag durchbringen.

Eine Schande für jene bei den Grünen, die sich immer wieder Neonazis und Rechtspopulisten in den Weg stellen. Sogar die WZ mahnte, das dürfe nicht die Regel werden. „Das kann doch keiner wissen“ ist eine schwache Ausrede. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) sieht das genauso und kritisiert die Grünen-Fraktion scharf. Das alles kann man im Rats-TV noch einmal in Ruhe nachschauen. ●

Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderung

Das fordert seit Februar auch das Bundesverfassungsgericht (BVerfGE) – und so muss es auch vom Bundestag umgesetzt werden. Allerdings war bisher die Bundesregierung dazu nicht bereit. Jetzt muss sie!

Aber damit ist das Problem noch nicht gelöst, denn DIE LINKE und Grüne hatten schon vor dem BVerfGE-Urteil gemeinsam einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, die FDP einen anderen, die Regierungsfraktionen überhaupt keinen. Es gab keine Einigung.

Damit vor den Europawahlen etwas passiert und alle an den Wahlen noch teilnehmen können, bedarf es einer blitzartigen Lösung. Die sollten die Wuppertaler Abgeordneten Jürgen Hardt (CDU), Helge Lindh (SPD), Manfred Todtenhausen (FDP) im Interesse von 450 Menschen, die allein in Wuppertal von den Wahlen ausgeschlossen sind, schnellstens auf den Weg bringen.

Und genau das hatte DIE LINKE im Rat – vor dem Urteil des BVerfGE im Februar – gefordert. Der Behindertenbeirat stimmte dem Antrag einstimmig zu.

Am 15. April entschied das Bundesverfassungsgericht in einem Eilverfahren, dass die Menschen in Betreuung, wie von der LINKEN gefordert, an der Europawahl teilnehmen dürfen. Dies ist ein weiterer Schritt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Wir erwarten, dass die Konvention umgesetzt wird. ●

Seniorentreff Carnaper Platz

Der **„Seniorentreff“** am Carnaper Platz ist ein beliebter Anlaufort für zahlreiche ehrenamtliche und private Gruppen. Leider wurde er in den letzten Jahren von der Verwaltung der Stadt Wuppertal stiefmütterlich behandelt, so dass nun einiger Sanierungsbedarf besteht. Nach Angaben der Stadt ist dieser so hoch, dass eine vollständige Sanierung nicht in Relation zu den Kosten steht.

Seit Februar 2016 prüft die Verwaltung, ob im Rahmen der Neugestaltung des Carnaper Platzes die Einrichtung abgerissen und die bisherigen Nutzerinnen und Nutzer auf ein adäquates Alternativobjekt verwiesen werden können. Bisher konnte allerdings kein entsprechendes Objekt gefunden werden, das sowohl räumlich wie auch von der Größe her für die verschiedenen Gruppen passen würde.

Der Treffpunkt Carnaper Platz ist vor allem für die Quartiersarbeit im Bereich Rott und Sedansberg von großer Bedeutung. Die Nutzer der Begegnungsstätte sind u. a. die Gruppe „ZIEL/russischsprachige Spätmigranten“, die mit Unterstützung deutscher Seniorinnen und Senioren in Wuppertal heimisch werden, verschiedene ZWAR-Gruppen, das Projekt „Bürgerfrühstück“, zeitlich begrenzte Projektgruppen, z. B. ZWAR-Multiplikatoren-Treffen bei Neugründungen, sowie private Nutzerinnen und Nutzer.

In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Barmen wurde ein gemeinsamer Antrag von der SPD, den WfW und DER LINKEN knapp abgelehnt, der zum Inhalt hatte, den Seniorentreff so instand zu setzen, dass eine zukünftige Nutzung sichergestellt wäre. Leider hat sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen trotz vorheriger Zusage, den Antrag zu unterstützen, in der Sitzung anders entschieden und gemeinsam mit CDU und FDP gegen den Antrag gestimmt, so dass dieser dann knapp abgelehnt wurde.

Nun geht ein beliebter Seniorentreff mit Beginn der Bauarbeiten zur Neugestaltung des Carnaper Platzes verloren und die Nutzer und Nutzerinnen müssen sich andere Alternativen suchen. Dabei werden Gruppen auseinandergerissen und ein Anlaufpunkt für das Quartier geht verloren. ●

Bildnachweis: tookapic / Pixabay.com

DIE LINKE.
Kreisverband Wuppertal

Anzeige

Ausgabe Nr. 49
Mai 2019

Roter Faden

linksjugend ['solid]

Engels kommt in 2019 an!

Am Wochenende des 30.03. fand in der alten Feuerwache die erste Wuppertaler Engels-Akademie statt. Die Initiative hierfür kam aus der Linksjugend solid'Wuppertal und es waren alle, die Lust auf das breit gefächerte Angebot an Workshops und Vorträgen hatten, herzlich willkommen.

Die Referent*innen setzten auf eine bunte Mischung von tagesaktuellen Themen bis hin zu einem Vortrag über den Namensgeber der Akademie Friedrich Engels. Als besonderen Gast hatten wir den Bundestagsabgeordneten Dr. Andre Hahn zu Gast, dessen Vortrag bei den Besucher*innen für große Begeisterung sorgte. Aber auch die Vorträge der Referent*innen Artur Gubar, Bernhard Sander, Sakultalks, loopy.lovely und Viola Pollmann, welche mitunter weite Reisen auf sich nahmen, um zu uns zu kommen, stießen auf eine breite Begeisterung der Zuhörer*innen.

Ein Heimspiel war es natürlich für die Mitglieder der Linksjugend solid'Wuppertal, die Ihre Vorträge mit Themen von „Veganismus und Klimaschutz" bis zur Diskusion über die EU, und was man an ihr verbessern müsste, als Gastgeber natürlich mindestens ebenso gründlich ausarbeiteten wie die eingeladenen Referent*innen. Namentlich waren dies Ole Denda, Jens Jürschke, Gianna Mangione, Jack Lohoff und Till Sörensen. Die Stimmung der Gäste war insgesamt sehr gelöst und es gab bei den einzelnen Kleingruppen und Workshops regelmäßig gute und angeregte Diskussionen.

Eine Frage stand bei diesen Diskussionen jedoch immer wieder im Raum: „Geht das im Kapitalismus?" Vor allem beim Thema Klima-/Umweltschutz standen besonders unsere Gäste der Frage sehr kritisch gegenüber, da mit dem Schaden an Mensch, Tier und Umwelt noch zu viel verdient würde. Dem entsprechend herrschte eine breite Einigkeit, dass für wahre Veränderungen noch weitreichende Reformen und ein Wandel des Systems hin zu einem sozialeren Miteinander von Mensch und Natur, aber auch von Mensch zu Mensch geschehen müsse, damit auch die überwiegend jungen Besucher*innen noch etwas von ihrer und unserer Zukunft haben.

Europa geht nur sozial

WARUM SOLLTEN WIR ZUR WAHL GEHEN?

Das Europa-Parlament kann keine Gesetze beschließen, das können nur die nationalen Parlamente. Aber das Europa-Parlament kann gegen viele Dinge stimmen. Zum Beispiel gegen den Plan von Kanzlerin Merkel, der EU noch eine Armee zu verpassen zusätzlich zur Bundeswehr, der französischen Armee usw. Schon deswegen ist die Wahl der LINKEN ein Zeichen für den Friedenswillen der Mehrheit.

WER BESTIMMT IN DER EU?

In der EU geschieht nur das, was die nationalen Regierungs-Chefs einstimmig beschlossen haben. Das EU-Parlament kann jede EU-Richtlinie solange ablehnen, bis sie den Wünschen der Mehrheit des Parlaments entspricht. Das ist eine Chance für ein soziales Europa.

Ein einiges Europa und eine einheitliche Währung bieten Vorteile für viele. Aber sozial ist das damit noch nicht. Es entstand ein neues Problem, da keine Chance mehr besteht, über nationale Politik die Höhe der Zinsen, Inflationsrate und Währungs-Abwertung zu bestimmen. Stattdessen konkurrieren die Nationalkapitale um die niedrigsten Steuersätze und die Senkung der sogenannten Lohnnebenkosten. Das heißt nichts anderes als der Wettstreit, wie niedrig sind die Staatsausgaben für Bildung, Gesundheit, Rente. Diese Standortkonkurrenz in Europa beeinflusst also unmittelbar die Lebenslage der lohnabhängigen Mehrheit. Damit muss Schluss sein.

WER IST EXPORTWELTMEISTER? WIR ODER DIE KONZERNE?

Von der Standortkonkurrenz haben seit mehr als zwanzig Jahren die Exportweltmeister in Deutschland profitiert. Mit dem Ergebnis, dass in vielen europäischen Nachbarländern die Industrie schrumpft und die Arbeitslosigkeit steigt.

Aber ist unsere Oma Exportweltmeister? Hat aber unsere Oma davon mehr Rente? Haben unsere Kinder weniger Unterrichtsausfall? Funktionieren unsere Straßen, Brücken, Datenverbindungen besser? Nein. Seit zwanzig Jahren, also lange vor der sogenannten Flüchtlingswelle, sind die Regierungen in Europa in dem Glauben befangen, dass niedrige Staatsausgaben und sogenannte Sparpolitik es erlauben, die Steuern für die oberen 5 Prozent zu senken. Das ist die Politik, die Merkel und die GroKo im Fiskalpakt allen anderen EU-Ländern aufgezwungen haben. Die behaupten, damit gäbe es mehr Geld für Investitionen und die Arbeitslosigkeit würde sinken. Wir alle wissen: Das Gegenteil ist der Fall. Dieser neoliberale Irrglaube muss weg, nicht nur bei Frau Merkel.

Um weiter Waren kaufen zu können, vom Exportweltmeister, leihen sich Staaten und Haushalte Geld. Die Verschuldung steigt, ohne dass ausreichend investiert wird. Und wenn nicht investiert wird, wird kein Geld verdient. Die Schulden können nicht ins Unendliche steigen, sie müssen zurückgezahlt werden. Also müssen alle Staaten Europas die Chance haben, eine gesunde Industrie aufzubauen, um selbst wieder Geld zu verdienen. Dabei helfen kluge Investitionen der Staaten, die ganz Europa nützen: in Umweltverträgliche Energien, in Telekommunikation für die Industrie 4.0, die an nationalen Grenzen nicht Halt macht.

WIE SCHAFFT MAN ARBEITSPLÄTZE IN EUROPA?

Der Teufelskreis von Sparen/Kürzen, schrumpfender Industrie und Verschuldung hat die meisten Länder der EU in große Not gestürzt. Wenn wir uns die Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit in Europa anschauen, gruselt es: In Frankreich 20%, in Spanien oder Griechenland 50% usw. Was es hier braucht, sind Ausbildungsprogramme, die eine Lebensplanung im eigenen Land ermöglichen. Was wir brauchen, sind in jedem EU-Land Programme zur Bekämpfung der Armut – nicht der Armen, wie Herr Macron dies in den letzten Monaten gegen die Gelbwesten getan hat. Was wir brauchen in Europa ist ein Mindestlohn, der in jedem europäischen Land 60% des Durchschnittslohns beträgt. Das nötig ist, könnte eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung sein. Europa kann auf Dauer nur sozial funktionieren. Und wir brauchen Investitionsprogramme der EU, die Arbeitsplätze schaffen.

Dazu muss auch die EU-Kommission mehr Geld ausgeben können. Auch Wuppertal hat von diesen Ausgaben Nutzen gehabt: Die Programme soziale Stadt, die Nordbahntrasse, die Tourismus-Förderung sind Beispiele. Das geht alles noch viel besser.

POLITIK FÜR DIE VIELEN STATT ABSCHOTTUNG

Aber in vielen Staaten behaupten Rechtsradikale, Rechtspopulisten und Neoliberale, man wolle „an Brüssel" nichts oder weniger zahlen. „Der deutsche Steuerzahler" solle nicht bluten für „faule Griechen", „EU-Bürokraten" und „Regierungen, die nicht sparen wollen". Aber diese nationale Abschottung ist Quatsch. Wenn das alle machen, schwinden die Absatzmöglichkeiten. Das befürchten schon viele beim Brexit, der die Wirtschaftsleistung europaweit um 0,9% sinken lässt, in unserem Bundesland noch mehr. Die deutschen Exportweltmeister verdienen gut, sie können mehr Steuern zahlen als unsere Oma oder die Pflegekraft im Krankenhaus. Und dann muss in Europa endlich demokratisch darüber abgestimmt werden, dass solche Mehreinnahmen im Interesse der vielen ausgegeben wird und nicht bei den happy few (den wenigen Glücklichen) hängen bleibt.

Das fordert in dieser Europawahl nur Die LINKE.
Die freie Entfaltung der Einzelnen ist an die materielle Sicherheit gebunden. Sie ist ein Menschenrecht.

Martin Schirdewan

Listenplatz 1 - Spitzenkandidat

Liebe Wählerinnen und Wähler,

alle Menschen haben das Recht darauf, frei von Armut und Existenznot zu leben. Doch dieses Recht muss jeden Tag wieder erkämpft werden. Deshalb streite ich für armutsfeste Mindestlöhne und für eine europäische Arbeitslosenversicherung. Wir müssen mit der Spar- und Kürzungspolitik brechen, die die Ungleichheit zwischen Arm und Reich immer weiter vergrößert hat. Denn wir wissen, Europa geht nur solidarisch.

Ich stehe klar für eine antifaschistische Politik. Denn Menschenrechte, Demokratie und Freiheitsrechte sind nicht verhandelbar.

Als Spitzenkandidat für DIE LINKE kämpfe ich dafür, dass die EU endlich die Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik rückt. ***Ihr Martin Schirdewan***

Özlem Alev Demirel

Listenplatz 2 – Spitzenkandidatin

Liebe Wählerinnen und Wähler,

die Politik der EU wird den Bedürfnissen der Menschen nicht gerecht. Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander. Statt Ertrinkende zu retten, werden Menschen, die der Pflicht zur Nothilfe nachkommen, kriminalisiert. Gleichzeitig versagt die EU bei der Besteuerung von Konzernen wie Amazon, Apple & Co. und in der Sozialpolitik.

Gute Löhne und Arbeitsbedingungen, soziale Mindeststandards, Friedenspolitik und eine mutige, sozial ausgewogene ökologische Wende sind nötig.

Ich arbeite als Gewerkschaftssekretärin bei ver.di und weiß: Eine andere Politik im Sinne der hart arbeitenden, armen und normal verdienenden Menschen ist möglich, wenn wir gemeinsam für Gerechtigkeit eintreten. Dafür stehe ich als Spitzenkandidatin der LINKEN.

Ihre Özlem Alev Demirel